

ABSTRACTS

Sonia Cardenas: Forking Paths and Social Complexity: Rethinking Human Rights Progress in Latin America

Ausgehend von vorherrschenden optimistischen und skeptischen Lesarten der Menschenrechtsentwicklung in Lateinamerika entwickelt dieser Artikel einen alternativen und komplexeren Blick auf menschenrechtlichen Wandel. Er problematisiert auf theoretischer Ebene die Annahme der globalen Konvergenz, d.h. die Vorstellung, dass nationale Standards und Praktiken sich den internationalen anpassen. Der empirische Fokus des Beitrages liegt auf den widersprüchlichen Trends, die sich in Reformen demokratischer Institutionen zeigen: Positive Entwicklungen gehen einher mit Heuchelei und pathologischer institutioneller Schwäche. Diese Dynamiken werden anhand der Verbreitung nationaler Menschenrechtsinstitutionen (z.B. Ombudsmanstellen) dargelegt. Der Beitrag bietet eine breitangelegte, kritische Reflektion der weitverbreiteten Vorstellung, dass in Lateinamerika bezüglich der Umsetzung der Menschenrechte vor allem Fortschritte gemacht werden.

Taking dominant narratives of human rights progress and skepticism in Latin America as my point of departure, I explore in this article an alternative and more complex view of human rights change. Theoretically, I problematize the notion of global convergence, or the idea that national standards and practices will align with international ones. Empirically, I focus on how specific democratic institutional reforms have reflected seemingly contradictory trends: positive sources of change, alongside institutionalized hypocrisy and pathological weakness. I emphasize, in particular, how these dynamics have played out in the spread of national human rights institutions (i.e., ombudsman offices) across the region. In general, the essay offers a broad and critical reflection on the

assumptions underlying everyday notions of human rights progress in Latin America.

Helen Ahrens: Die Zukunft als Herausforderung des Rechts – Gedanken zur (Menschen-) Rechtspolitik in Lateinamerika

Dem Beitrag liegt die allgemeine These zugrunde, dass ohne eine wertorientierte Rechts- und Justizpolitik kein verlässlicher Schutz der Menschenrechte innerhalb und zwischen den lateinamerikanischen Staaten möglich ist, und zwar trotz aller – auch erheblicher – Unterschiede zwischen den Staaten Lateinamerikas. Zunächst wird dargelegt, weshalb eine wertorientierte Rechts- und/oder Justizpolitik in Lateinamerika auf nationaler (und regionaler) Ebene bislang nicht oder nur in Ansätzen existiert und welche Implikationen das für den Menschenrechtsschutz hat. Im Anschluss daran wird der Frage nach den Chancen einer Selbststeuerung einer demokratisch verfassten Gesellschaft durch Recht nachgegangen. Der Artikel schließt mit einem Ausblick auf mögliche, noch zu erprobende Ansätze, wie den Herausforderungen begegnet werden kann.

This article takes the position that the protection of human rights within and between Latin American states cannot be secured without a value-oriented policy of law and the judicial system. This is true despite sometimes fundamental differences between these states. In a first step, the article explains why a value-oriented policy of law and/or the judicial system does not exist at all or only in very underdeveloped stages both in Latin American states and in the region as a whole. It also shows the repercussion of this absence for human rights protection. Secondly, it explores in how far the law will be challenged in the future, in particular in regard to the chances of self-control of democratic societies by the means

of law. Finally, the article sheds light on possible approaches to confront such challenges.

Rachel Sieder/María Teresa Sierra: Indigenous Women's Access to Justice in Latin America

In den Rechtssystemen Lateinamerikas ist der indigenen Bevölkerung auf systematische Weise der Zugang zur Gerechtigkeit verstellt. Diese strukturbedingte Exklusion und Diskriminierung trifft besonders indigene Frauen. In dem vorliegenden Artikel analysieren wir die Herausforderungen und Erfolge indigener Frauen bei dem Versuch, verstärkt Zugang zur Gerechtigkeit in indigenen Rechtssystemen zu erhalten. Wir betonen die Notwendigkeit einer Berücksichtigung der normativen Rahmenbedingungen, des rechtlichen Bewusstseins, des Zugangs zu Foren der Gerechtigkeit und angemessenen Rechtsmittelbehelfen. Während die jeweiligen Gründe für den fehlenden Zugang zur Gerechtigkeit sowie für spezielle gesellschaftliche Barrieren je nach Kontext variieren, können dennoch auch einige allgemeine Faktoren identifiziert werden: Armut, Diskriminierung, Rassismus, Gewalt seitens staatlicher und nichtstaatlicher Akteure sowie ein Mangel an Partizipation am öffentlichen Leben auf Seiten der Frauen. Wir vertreten die Auffassung, dass eine graduelle Anerkennung des rechtlichen Pluralismus sowie eine zunehmende Implementierung und Kodifizierung internationaler frauenrechtlicher Standards die Chancen auf mehr Gerechtigkeit für indigene Frauen auf dem gesamten Kontinent stark erhöhen würden. Dennoch schließen wir mit der These, dass Forderungen nach wachsender Gleichheit zwischen den Geschlechtern und einem Leben in Menschenwürde nur dann erfolgreich sein werden, wenn auch die Kollektivrechte indigener Gruppen garantiert und respektiert werden.

Indigenous peoples in Latin America suffer from a systematic lack of access to justice in state legal systems. Structural exclusion and discrimination affect indigenous women particularly. In this article we analyze the challenges and benefits for indigenous women, when they try to access justice in indigenous legal systems. We emphasize the need to consider

normative frameworks, legal awareness, access to appropriate justice forums, and the achievement of satisfactory remedies. While the reasons for lack of access to justice or the barriers involved in specific cases depend on the context, we identify a number of common contributing factors: poverty, discrimination and racism, violence exercised by state and non-state actors, and a lack of women's participation in public life. We suggest that the gradual recognition of legal pluralism, as well as the incorporation of international standards on women's rights within statutory law, is shaping prospects for improved access to justice for indigenous women across the continent. However, we conclude that their demands for gender equality and more dignified lives can only be met when indigenous people's collective rights are guaranteed and respected.

Sérgio Costa/Guilherme Leite Gonçalves: Human Rights as Collective Entitlement? Afro-Descendants in Latin America and the Caribbean

Die in der jüngeren Vergangenheit in Lateinamerika implementierten Instrumente zur Durchsetzung der Menschenrechte sind in wachsendem Maße auf den Schutz von Gruppen (Frauen, Indigene, „traditionelle Bevölkerungen“ und sogenannte Afro-Descendants) und nicht auf das abstrakte Individuum zugeschnitten, das die Menschenrechtsdiskussionen und institutionellen Entwicklungen kurz nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte. Dieser veränderte Fokus sorgt auf der einen Seite dafür, dass sowohl die Kodifizierung als auch die Politik der Menschenrechte für die besonderen Anliegen unterschiedlichster Gruppen sensibilisiert werden. Andererseits bringt diese Entwicklung eine Reihe von Dilemmata und neuen Herausforderungen mit sich. Der Artikel diskutiert diese Risiken. Er basiert auf einer Fallstudie zu ausgewählten Entscheidungen des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte mit Bezug auf die Afro-Descendants.

The instruments recently adopted to reinforce human rights in Latin America have been in-

creasingly aimed at the protection of specific groups (women, indigenous, “traditional” populations, Afro-descendants, etc.) instead of referring to an abstract individual which was prevalent in the discourses and institutional formats adopted soon after World War II. This change of emphasis, which on the one hand makes human rights laws and policies sensitive to the specific needs of different groups, implies a series of dilemmas and new challenges on the other. This article discusses these risks, based on a case study on a sample of decisions of the Inter-American Court of Human Rights related to the Afro-descendants.

Nina Schneider: Brasilianische Wahrheitskommission nach zahlreichen Kompromissen endlich ratifiziert

Erst im September 2011 – 26 Jahre nach der formellen Rückkehr zur Demokratie – hat das brasilianische Parlament nach zähen Verhandlungen der Einrichtung einer Wahrheitskommission zugestimmt. Das nun verabschiedete Modell ist eine politisch entschärfte Kompromisslösung. Wichtige Forderungen von Opferfamilien und Menschenrechtsverbänden – insbesondere die Möglichkeit, Menschenrechtsverbrecher zu bestrafen – bleiben nicht nur unberücksichtigt, sondern eine erneute Debatte über die Einzelheiten der Wahrheitskommission wurde von der Rousseff-Regierung abgewürgt. Nach monatelanger Lobbyarbeit wurde das Gesetz im Eilverfahren durch das Parlament gejagt, um den schwer errungenen Konsens nicht zu gefährden. Dieser Artikel erklärt den Hintergrund der hart umkämpften Wahrheitskommission und stellt Hypothesen auf, warum sich Brasiliens Umgang mit der Militärvergangenheit so stark von dem seiner Nachbarländer unterscheidet. Angesichts der globalen Entwicklung für Menschenrechtsverbrechen Rechenschaft abzulegen (die sogenannte „justice cascade“), ist es erklärungsbedürftig, warum sich Brasilien diesem Trend so stark widersetzt. Die jüngst ratifizierte Wahrheitskommission, welche zwei Jahre lang Menschenrechtsverbre-

chen aufklären wird, könnte ein Wendepunkt in der Aufarbeitungsgeschichte Brasiliens werden. Allerdings deuten die kontroversen Debatten im Vorfeld der Ratifizierung bereits darauf hin, dass harte Auseinandersetzungen über die Militärvergangenheit bevorstehen.

Only in September 2011 – 26 years after the formal return to democracy – did the Brazilian parliament finally ratify the controversial law proposal for the installation of a Truth Commission. The version that has now been ratified is a compromise. The government’s strategy to get the project officially approved involved taking a conciliatory approach, lobbying for a successful ratification of the law, speeding up the ratification process, and avoiding renewed debates. To the dismay of many families of victims, the government quelled any further controversies and many of the amendments demanded have not been met. This article considers the struggle over the Truth Commission within its historical context, and raises the question of why has post-authoritarian Brazil been so reluctant to rework its authoritarian past at a time when accountability for past human rights crimes has become a global practice (‘justice cascade’). The recently ratified Truth Commission, which is going to investigate past human rights crimes for a period of two years, might still represent a landmark in the history of post-authoritarian Brazil. The controversies preceding the ratification, however, indicate that the struggles over the military past are likely to continue.

Pablo de Greiff: Some Thoughts on the Development and Present State of Transitional Justice

Der Beitrag beschreibt den erfolgreichen Werdegang der Idee und Praxis von Transitional Justice in den letzten drei Jahrzehnten und zeigt aktuelle Herausforderungen auf. Im Zentrum des Beitrages steht die Bemühung, ein normatives Konzept von Transitional Justice zu umreißen und zu verdeutlichen, wie ein solches Konzept dazu beitragen kann, den identifizierten Herausforderungen sinnvoll zu begegnen.

The paper offers an account of the successes of transitional justice in the last three decades, and describes some of the challenges that it faces at present. It concentrates its efforts on sketching a normative conception of transitional justice and on explaining how such a conception can help the field meet some of the challenges which it now confronts.

Veronika Haász: Die Nationalen Menschenrechtsinstitutionen als Grundsteine innerstaatlicher Rechtsschutzsysteme

Nationale Menschenrechtsinstitutionen sind in den letzten 20 Jahren weltweit entstanden. Die von den Vereinten Nationen im Jahre 1993 entwickelten Pariser Prinzipien legen Maßstäbe für die Gründung und Mandatierung der Einrichtungen fest. Gemäß dieser Prinzipien dienen die Institutionen der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte, besonders indem sie die zuständigen staatlichen Behörden beraten, Menschenrechtsverletzungen beheben, menschenrechtsrelevante Informationen verbreiten und die Öffentlichkeit über Menschenrechte unterrichten. Ihr breites Mandat und ihre Stellung zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft sowie zwischen der nationalen und internationalen Ebene heben sie von den anderen staatlichen Akteuren ab. Der Beitrag legt dar, warum und inwiefern die Nationalen Menschenrechtsinstitutionen ein zentrales Element der innerstaatlichen Rechtsschutzsysteme darstellen.

National Human Rights Institutions have emerged worldwide in the last 20 years. The Paris Principles developed by the United Nations in 1993 set standards for the establishment and mandate of the institutions. Accordingly, these institutions play an important and constructive role for the promotion and protection of human rights, in particular in their advisory capacity to the competent authorities, in remedying human rights violations, in the dissemination of human rights information, and education in human rights. Their broad mandate and their position between the state and civil society

as well as the national and international level set them apart from other national actors. This paper points out why and in what extent the National Human Rights Institutions are central elements of national legal protection systems.

Armin Paasch: Menschenrechte in der EU-Handelspolitik – zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Das Völkerrecht und die EU-Verträge verpflichten die EU, auch in ihrer Handelspolitik die universellen Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Die im November 2010 veröffentlichte Handelsstrategie „Handel, Wachstum und Weltgeschehen“ trägt dieser Verpflichtung aber kaum Rechnung, sondern zielt einseitig auf eine Stärkung der Rechte europäischer Unternehmen ab. Der vorliegende Beitrag zeigt anhand dreier Beispiele auf, wie die Umsetzung dieser Strategie in bilateralen Handelsabkommen zu Verletzungen oder Gefährdungen des Menschenrechts auf Nahrung führen kann. Bestehende Menschenrechtsinstrumente der EU-Handelspolitik – Menschenrechtsklauseln in bilateralen Handelsabkommen sowie das Allgemeine Präferenzsystem plus – sind nicht geeignet, solche Menschenrechtsverletzungen durch Handelsabkommen zu verhindern. Der Autor empfiehlt daher die Einführung systematischer menschenrechtlicher Folgeanalysen sowohl ex ante als auch ex post sowie eine Umformulierung von Menschenrechtsklauseln, welche die Revision menschenrechtlich problematischer Bestimmungen in Handelsabkommen ermöglichen würde.

Inga Winkler: Die Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechte – Fortschritt oder Rückschritt im Bereich der menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen

Der ehemalige Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs zum Thema Menschenrechte und transnationale Konzerne und andere Unternehmen, John Ruggie, hat im Juni 2011 im Menschenrechtsrat seine Leitprinzipien zu Wirtschaft und

Menschenrechten vorgestellt. Sein Mandat, das sich als Referenzpunkt in der Diskussion um Wirtschaft und Menschenrechte herausgebildet hat, ist damit zum Abschluss gekommen. Der Beitrag blickt auf die sechs Jahre seiner Mandatszeit zurück und legt sodann den Schwerpunkt auf die Analyse und Einschätzung der Leitprinzipien. Handelt es sich dabei lediglich um ein weiteres Instrument neben vielen anderen Initiativen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte? Wie ist die Bedeutung der Leitprinzipien einzuschätzen? Werden sie dem Thema in seiner Komplexität gerecht? Bedeuten sie einen Fortschritt oder Rückschritt im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte? – Der Beitrag geht dabei auf die Reichweite und Rechtsnatur der Leitprinzipien, die staatlichen Verpflichtungen, die Verantwortung der Unternehmen selbst und auf die Gewährung von Rechtsschutz ein und bietet abschließend einen kurzen Ausblick auf die notwendigen nächsten Schritte.

The former Special Representative of the UN Secretary General on human rights and transnational corporations and other business enterprises, John Ruggie, presented his guiding principles on business and human rights to the Human Rights Council in June 2011. His mandate, which has emerged as a focal point in the discussion on business and human rights, has come to an end. The contribution looks back on six years of his mandate and then focuses on the analysis and assessment of the guiding principles. Are they merely another instrument among many other initiatives in the field of business and human rights? What is their significance? Do they do justice to the subject in its complexity? Are they a step forward or backward in the area of business and human rights? - The contribution considers the scope and legal nature of the guiding principles, the States' obligations, the responsibility of companies themselves and access to remedies, and concludes with a brief outlook on necessary further steps.